



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 26. MÄRZ 2020



GEFLÜCHTETE AUFNEHMEN – GERADE JETZT!

Die Bürgerschaft hat heute auf Antrag der rot-grün-roten Koalition gefordert, dass Deutschland unverzüglich die zugesagten bis zu 1500 geflüchteten Kinder und Jugendlichen aus griechischen Lagern aufnimmt, in denen teils katastrophale Zustände herrschen. Kommunen sollen zudem die Möglichkeit erhalten, in eigener Entscheidung zusätzlich zu helfen.



Antje Grotheer

So sollen Kommunen, Regionen und Bundesländer die Möglichkeit erhalten, Schutzsuchende über ihr Kontingent hinaus aufzunehmen, erklärte die europapolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Antje Grotheer. Finanziert werden soll dies über eine Förderlinie der EU, die den Bundesländern die Kosten für die zusätzlich aufgenommenen Geflüchteten erstattet. „Dies würde der blockierten europäischen Asylpolitik eine neue Dynamik verleihen“, zeigte sich Grotheer über-

zeugt und appellierte an den Bund, seiner Zusage, 1000 bis 1500 Kinder und Jugendliche aus griechischen Lagern aufzunehmen, umgehend nachzukommen. Grotheer: „Diese Jugendlichen und Kinder brauchen intensive, sehr wahrscheinlich auch medizinische Betreuung. Aber sie brauchen auch unsere Hilfe. Jetzt! Und nicht erst, wenn wir mit der Corona-Pandemie durch sind!“

Antrag > EU-Asylpolitik: Mehr Entscheidungsbefugnisse für Länder und Kommunen schaffen
bit.ly/asyl_kommunen

LOHNLÜCKE ÜBERWINDEN – FRAUEN BESSER BEZAHLEN!

Frauen verdienen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer. Das hat zum Teil strukturelle Gründe, in vielen Fällen verdienen Frauen aber auch bei gleicher Tätigkeit und Qualifikation weniger als ihre männlichen Kollegen. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani, betonte heute in einer Aktualen Stunde: „Es muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“

„In Krankenhäusern und im Einzelhandel sind 70 Prozent der Beschäftigten weiblich, in Kindertagesstätten liegt dieser Prozentsatz sogar noch höher – es sind also vor allem Frauen, die in der aktuellen Situation unsere Versorgung gewährleisten“, sagte Heritani mit Blick auf die Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie. Sie hoffe, dass dies dazu beitrage, die Diskussion um die Aufwertung sogenannter Frauenberufe zu beleben. Heritani kritisierte, dass es nach wie vor eine Lohnlücke zwischen Männern und Frauen von im Schnitt 21 Prozent gebe. „Diese 21 Prozent sind 21 Prozent zu viel!“, sagte sie und verwies zudem darauf, dass selbst bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit Männer im Schnitt sechs Prozent mehr verdienen als Frauen. „Laut der Bremer Arbeitnehmerkammer verdienen Frauen im Einzelhandel, die zur Versorgung der Menschen gerade einen entscheidenden Beitrag leisten, sogar 24 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen“, erklärte die Sozialdemokratin und betonte: „Das dürfen wir nicht mehr hinnehmen! Es muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“



Jasmina Heritani

WIE SICHER SIND PATIENTENDATEN?

Im Dezember 2019 konnten IT-Experten des Chaos Computer Clubs Schwächen in der Telematik-Infrastruktur (TI) ausmachen und Patientendaten abgreifen. Unser Abgeordneter Holger Welt fragte den Senat: **Wie viele medizinische Einrichtungen im Land Bremen arbeiten bereits mit der TI und was ist gegen Sicherheitslücken zu tun?** Etwa 90 Prozent der Arzt- und Psychotherapiepraxen im Land Bremen nutzten die Telematik-Infrastruktur, genau wie 97

Prozent der Zahnarztpraxen, wie der Senat antwortete. Kliniken seien im Umsetzungsprozess, teilweise scheitere es auch an der Hardware. Insbesondere Krankenhäuser benötigten eine spezielle Lösung, die bisher noch nicht verfügbar sei. Die von den IT-Experten ausgenutzte Schwachstelle liege im Bestellprozess der Heilberufsausweise. Laut Senat hat sich dieser Prozess geändert, von weiteren Schritten werde daher abgesehen.

TAUBEN IN GEFAHR?

Viele Städte greifen auf Vergrämnungsmaßnahmen zurück, um Straßentauben von öffentlichen Plätzen fernzuhalten. Eine Möglichkeit der Vergrämung ist eine Klebepaste, die mit Quarzsand bestreut werden soll – Tauben landen nicht auf weichen Flächen. Doch oftmals wird die Paste falsch angewendet – die Tiere landen auf dem Kleber, welcher dann Füße, Gefieder und Flügel verklebt. Unsere tierschutzpolitische Sprecherin, Janina Brünjes, hat nachgefragt: **Liegen dem Senat Informationen über den Handel und die rechtskonforme Nutzung von derartigen Klebepasten vor?**

In Bremen sei nichts über den Handel und die Nutzung derartiger Klebepasten bekannt, führt der Senat aus. Rechtlich sei die Verwendung von Klebepasten zu untersagen – das Mittel verursache erhebliches Leid, Schmerzen und Schäden, die im Sinne der Vergrämung vermeidbar wären. Die Produkte bei Händlern eventuell einzuziehen sei für den Senat allerdings nicht möglich. Zur Verbesserung der Sauberkeit der Stadt prüfe der Senat aktuell die Machbarkeit von Taubenschlägen sowie die Möglichkeiten zur Betreuung, Fütterung und Populationskontrolle.

WIE SICHER SIND DATEN BREMISCHER GERICHTE?

Im vergangenen Jahr war das Kammergericht in Berlin von einem schweren Daten-Leak betroffen. **Sensible Dokumente wurden nach einem Hackerangriff gestohlen, der Schaden geht in die zweistellige Millionenhöhe.** Unsere justizpolitische Sprecherin, Sascha Aulepp, wollte daher vom Senat wissen, **wie die Gerichte im Land Bremen vor einem solchen Angriff geschützt sind.**

Laut Senat existieren einige IT-Schutzmaßnahmen, die einen Angriff wie in Berlin verhindern sollen: Gehärtete Client- und Serversysteme, mehrstufige Sicherheits-

maßnahmen am zentralen Mailingang, Protokollierungs- und Protokollauswertungsmaßnahmen sowie die Detektion und Blockade von Zugriffen auf bekannte Schadcode-Infrastrukturen. Der Dienstleister Dataport Sorge zentral dafür, dass alle Systemkomponenten regelmäßig mit den von den Herstellern bereitgestellten Updates versorgt werden. Zudem seien alle betriebenen Server und Clients in den Virenschutz eingebunden. Als Vorsorge sichere Dataport dreistündlich jede Datenbankveränderung ab, eine generelle Datensicherung erfolge täglich.

NEUE REGELUNGEN: VERZÖGERUNG BEIM BAU?

Bisherige Praxis bei der Vergabe von Bauaufträgen war es, sich an festen Honorarsätzen für Ingenieure und Statiker zu orientieren und Aufträge so direkt zu vergeben. Doch der Europäische Gerichtshof hat festgestellt, dass die Ausnahmeregelung in der deutschen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure europäisches Recht verletzt. **Deswegen hat unser Abgeordneter für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung, Falk Wagner, beim Senat nachgefragt: In welchen Fällen sind Vergaben nach dem Bremischen Tarifreue- und Vergabegesetz noch anwendbar? Sind etwaige Anpassungen nötig?**

Dem Senat zufolge sind aufgrund dieses Urteils nunmehr wieder Vergleichsan-

gebote einzuholen, ungeachtet der Ausnahme im Tarifreue- und Vergabegesetz. Außerdem seien Auswirkungen auf öffentliche Auftraggeber spürbar. Im Regelfall betrage der Zeitaufwand für eine Auftragsvergabe ein bis zehn Tage, bei Hochbauprojekten gar mehrere Wochen. Zudem müsse nun neu abgewogen werden, ob eine Vergabe im Wettbewerb sinnvoller sei als die Direktvergabe. Das Tarifreue- und Vergabegesetz sehe für das Jahr 2021 eine Evaluation der Verfahrensvorschriften vor – dann werden die Auswirkungen aller bestehenden Ausnahmenvorschriften und die Notwendigkeit von Ergänzungen neu bewertet.

CORONA UND MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Menschen mit Behinderungen gehören auf vielfältige Weise zur Risikogruppe während der Corona-Pandemie. Unser Sprecher für Menschen mit Behinderung, Holger Welt, hat beim Senat nachgefragt, wie Menschen mit Behinderungen über die Gefahren des Coronavirus und entsprechende Hygieneempfehlungen informiert werden.

Der Senat befinde sich im engen Austausch mit Einrichtungen und Diensten mit Versorgungsauftrag für Menschen mit Behinderungen, hieß es vonseiten des Senats. Aktuell werde entsprechendes Infomaterial zusammengestellt, das auch barrierefrei zur Verfügung steht.

CORONA UND SICHERHEITSBEHÖRDEN

Das Coronavirus grassiert in der Bundesrepublik, das öffentliche Leben ist auf ein Minimum heruntergefahren worden. Doch wie sind die Behörden mit Sicherheitsaufgaben auf eine weitere Ausbreitung des Virus vorbereitet? Das wollte unser Sprecher für Innenpolitik, Kevin Lenkeit, vom Senat wissen.

Schriftlich wies der Senat auf den ressortübergreifenden Krisenstab hin. Dieser treffe täglich zusammen und habe die Einsatz- und Reaktionsfähigkeit der Behörden mit Sicherheitsaufgaben immer im Blick – über strenge Hygienevorschriften, Möglichkeiten zur Telearbeit und Verhaltensregeln bis hin zu weiterer Schutzausrüstung wurden viele Maßnahmen ergriffen.

WER BELEHRT IM LEBENSMITTELBEREICH?

Gesundheitsbescheinigungen für Beschäftigte im Lebensmittelbereich können nur von bestimmten Personen und Ämtern durchgeführt werden. Ute Reimers-Bruns, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, hat deswegen beim Senat nachgefragt: Wer darf im Land Bremen eine derartige Belehrung durchführen. Und ist geplant, die Belehrung wie in Hamburg an Ärzt*innen als Beliehene auszugliedern, um Wartezeiten zu verkürzen?

In Bremen und Bremerhaven dürfen laut Senat nur die jeweiligen Gesundheitsämter die Bescheinigungen ausstellen und die entsprechenden Belehrungen durchführen. Die Wartezeiten liegen in Bremen bei etwa zwei Wochen, in Bremerhaven im Durchschnitt bei etwa einer Woche. Eine Belehrung von Ärzt*innen ist laut Senat nicht geplant.

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 26. MÄRZ 2020



ANTRAG MEHR ABSTELLMÖGLICHKEITEN FÜR FAHRRÄDER – ÜBERALL

Bremen soll mehr Parkplätze für Fahrräder schaffen. Das hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition beschlossen. So sollen zum Beispiel zusätzliche Abstellmöglichkeiten in der Innenstadt entstehen, die Brepark zu einem Dienstleister für nachhaltige Mobilitätsprojekte weiterentwickelt sowie das Fahrradparken im Umfeld des Hauptbahnhofs neu geordnet und sicherer gestaltet werden. In Absprache mit den Beiräten sollen aber auch in allen Stadtteilzentren zusätzliche Fahrradbügel aufgestellt werden – ohne dass dabei die Flächen für Fußgänger eingeschränkt werden.

Die Corona-Krise spielt auch wenn es um das Thema Fahrradverkehr geht eine Rolle. Denn wenn der Abstand zu anderen Menschen das Gebot der Stunde ist, dann ist das Fahrrad umso mehr eine Alternative zu öffentlichen Verkehrsmitteln. „Gerade in den letzten Tagen und Wochen mit ihren heftigen, aber auch notwendigen Einschränkungen habe ich umso mehr die Freiheit genossen, auf mein Fahrrad zu steigen – sei es um die notwendigen Wege zur Arbeit und zum Einkaufen zu erledigen oder einfach nur, um den Kopf frei zu bekommen und eine Sporteinheit jenseits des Fitnessstudios einzulegen“, sagte



Anja Schiemann

die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anja Schiemann, heute in ihrer Rede in der Stadtbürgerschaft.

Auch generell sei es in dieser Hinsicht ein Privileg, in Bremen zu wohnen – einer Stadt der kurzen und flachen Wege, die hervorragend mit dem Fahrrad bewältigt werden könnten, so Schiemann weiter. „Klar ist aber auch: Wenn wir noch mehr Menschen dazu bewegen wollen, auf das Fahrrad umzusteigen, ist es zwingend notwendig, die bestehende Fahrradinfrastruktur an den Verkehrsknotenpunkten wie dem Hauptbahnhof oder der Brill-Kreuzung, aber auch in den innenstadtfürneren Quartieren hinsichtlich der notwendigen Sanierung der Radwege und der Schaffung von sicheren Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Pedelecs weiter auszubauen. Hier muss noch deutlich mehr getan werden.

Denn vor allem auf den häufig engen Gehwegen in den Quartieren fehlt es nicht selten an genügend und sicheren Abstellmöglichkeiten.“

Der heute verabschiedete Antrag fordert den Senat nun dazu auf, dies mit einem Bündel von Maßnahmen anzugehen. Schiemann: „Ganz wichtig ist dabei: Wir müssen noch deutlich mehr mit den Beiräten zusammenarbeiten als bislang – denn die Menschen vor Ort wissen am besten, wo die Radwege prioritär saniert werden müssen oder beispielsweise im Nahbereich noch Fahrradbügel fehlen.“

> Antrag: Fahrradparken als notwendigen Baustein für die Verkehrswende in Bremen gezielt und konzeptionell weiterentwickeln
bit.ly/fahrradparken

BESCHLUSS **ABWASSERGEBÜHREN SINKEN AB 1. APRIL**

Die Bürgerschaft hat heute eine Senkung der Abwasser- und Schmutzwassergebühren beschlossen. Durch dauerhaft niedrige Zinsen ist diese Anpassung möglich. Profitieren werden von ihr sowohl Privathaushalte als auch Unternehmen.

„In Zeiten, in denen sich oftmals darüber beklagt wird, dass alles teurer wird, haben wir für die Bürgerinnen und Bürger, für die Betriebe und Unternehmen eine erfreuliche Nachricht: Die Abwasser- und Schmutzwassergebührengesamten sinken! Während die Gebühren vor drei Jahren noch angehoben werden mussten, folgt nun unterm Strich eine finanzielle Verbesserung für die Menschen in Bre-



Mustafa Güngör

Familien in der Stadt Bremen am Ende des Jahres etwa 50 Euro mehr in der Tasche haben. „Gerade in Zeiten stetig steigender Mieten ist es für viele Familien, insbesondere für die, bei denen jeder

men“, freute sich der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, in seiner Rede in der Stadtbürgerschaft.

Konkret bedeute die Änderung, dass knapp 95 Prozent der

Euro zählt, eine tatsächliche und vor allem relevante Entlastung“, betonte der Sozialdemokrat.

Doch nicht nur Familien profitierten von der Anpassung der Gebühren. Güngör: „Gerade heute stehen viele Betriebe und Unternehmen vor großen Herausforderungen stehen – auf der einen Seite müssen sie Mehrkosten zur Reduktion der klimaschädlichen Ausstöße entrichten und auf der anderen Seite erwarten sie enorme Verluste aufgrund der derzeitigen Corona-Krise. Durch die Anpassung können Betriebe und Unternehmen bis zu 150.000 Euro im Jahr einsparen. Eine gute Nachricht!“